

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)

Austrian Journal of Development Studies

Herausgeber:

Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den
Österreichischen Universitäten
Projekt Institut für Internationale Entwicklung /
Zentrum für überfakultäre Forschung der Universität Wien

Redaktion:

Gerald Faschingeder, Karin Fischer,
Margit Franz, Irmi Hanak,
Franz Kolland (verantwortl.), René Kuppe, Brita Neuhold,
Andreas Novy, Herwig Palme,
Christof Parnreiter, Kunibert Raffer,
Andreas Schedler, Walter Schicho,
Anselm Skuhra, Sandra Zech

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Leipzig),
Jacques Forster (Genève), John Friedmann (St. Kilda),
Peter Jankowitsch (Paris), Friedrich Katz (Chicago),
Helmuth Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras),
Ulrich Menzel (Braunschweig), Jean-Philippe Platteau (Namur),
Dieter Rothermund (Heidelberg),
Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston),
Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

Brandes & Apsel / Südwind

Auf Wunsch informieren wir regelmäßig über das Verlagsprogramm sowie die Beiträge dieser Zeitschrift. Eine Postkarte an den Brandes & Apsel Verlag, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M. genügt. Oder per e-mail: **Brandes-Apsel@t-online.de** genügt. Nähere Informationen über bisher erschienene Hefte (Schwerpunkte, Beiträge etc.) erhalten Sie auch direkt unter folgender Internet-Adresse:
<http://www.univie.ac.at/int-entwicklung/jep>

Gefördert aus öffentlichen Mitteln

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

Journal für Entwicklungspolitik (JEP)
ISSN 0258-2384, Erscheinungsweise: vierteljährlich
Heft 2/2001; XVII. Jg.
Preis des Einzelhefts: DM 19,80 / öS 120,- / sFr 21,-
Preis des Jahresabonnements: DM 79,- / öS 480,- / sFr 72,-
Abonnementsbezug für Deutschland, Schweiz u. a.:
Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33, D-60385 Frankfurt a. M.
Abonnementsbezug nur für Österreich:
Stüdwind-Buchwelt Buchhandelsbes. m. b. H., Baumgasse 79, A-1034 Wien
Redaktionsadresse:
Journal für Entwicklungspolitik, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien
E-mail: int-entwicklung@univie.ac.at

1. Auflage 2001

© by Brandes & Apsel Verlag GmbH, Scheidswaldstr. 33,
D-60385 Frankfurt a. M.

Jede Verwertung bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Redaktion und des Verlages. Das gilt insbesondere für Nachdrucke, Bearbeitungen und Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in allen Arten von elektronischen und optischen Systemen, der öffentlichen Wiedergabe durch Hörfunk-, Fernsehsendungen und Multimedia sowie der Bereithaltung in einer Online-Datenbank oder im Internet zur Nutzung durch Dritte. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Verlages wieder.

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber: Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den Österreichischen Universitäten, Währingerstr. 17/104, A-1090 Wien. Grundlegende Richtung des JEP: Wissenschaftliche Analysen und Diskussionen von entwicklungspolitischen Fragestellungen und Berichte über die entwicklungspolitische Praxis. Verantwortlich für Inhalt und Korrekturen sind die Autoren bzw. die Redaktion.

Umschlaggestaltung: Volker Plass, Wien
Satz: Ch. Weismayer, A-1080 Wien/A-5026 Salzburg
Druck: Difo-Druck OHG, Bamberg, Deutschland
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem und chlorfrei gebleichtem Papier

ISSN 0258-2384

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, XVII. Jg., Heft 2, 2001 Austrian Journal of Development Studies

Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit – Überlegungen zur Repolitisierung der Zivilgesellschaft

Schwerpunktreakteur: Andreas Novy

Editorial 117

Artikel

Andreas Novy

Die Beziehung von Theorie und Praxis: Zivilgesellschaft, Nicht-Regierungsorganisationen und Entwicklungszusammenarbeit 119

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich 139

Andreas Novy und Silvia Nossek

Wisse, was du tust – Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz 143

Kommentare

Helmuth Hartmeyer

Wisse, was du tust – und tue es mit Bedacht 165

Eva Klawatsch-Treitl

Tu, was du willst!
Reflexionen über Schlüsselkompetenzen 169

Alexandra Strickner

Auf der Suche nach einer umfassenden Professionalität 175

Petra Purkarthofer

„Die Gesellschaft, die sich organisiert“ als Utopie demokratischer
Machtverweigerung 181

Joachim Becker

Der progressive erweiterte Staat:
Zivilgesellschaft, Lokalstaat und partizipatives Budget in Porto Alegre . 193

Karin Küblböck

ATTAC – Potential für gesellschaftliche Veränderung oder Domesti-
zierung von Konflikten? 201

Rezension 211

Über Autoren und Autorinnen 215

Informationen für Autoren und Autorinnen 216

Journal für Entwicklungspolitik XVII/2, 2001, S. 117–118

Editorial

Diese Nummer des Journals für Entwicklungspolitik (JEP) nimmt eine Standortbestimmung einer wichtigen entwicklungspolitischen Akteurin vor: der Zivilgesellschaft – und im engeren Sinne der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs). Es ist gerade in Zeiten der Krise und des Übergangs, dass grundlegende Überlegungen und Rückbesinnungen auf die eigene Identität von großer Bedeutung sind. Im Falle der entwicklungspolitischen Zivilgesellschaft ist diese Krise als Sinn- und Identitätskrise ideell, und als Finanzkrise materiell deutlich spürbar. Aus diesem Grunde benötigt eine derartige Reflexion Platz. Das JEP trägt dem Rechnung, indem es diesem Thema eine ganze Nummer widmet. Darüber hinaus organisiert der Träger des JEP, der „Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik“, zusammen mit österreichischen entwicklungspolitischen NROs einen Reflexionsprozess. Die Zivilgesellschaft als ein sozialer Raum der Kommunikation wird genutzt, um die entwicklungspolitische Diskussion zu beleben und der Praxis neue Perspektiven aufzuzeigen. Die zentrale Absicht all dieser umfassenden Bemühungen ist es, den Diskurs zu entfachen, kontroverse Diskussionen auszulösen und Raum zum gemeinsamen Lernen und Reflektieren zu schaffen. Das JEP nutzt somit mit dieser Nummer über Zivilgesellschaft die Zivilgesellschaft als Raum der Kommunikation. Eine eigene Veranstaltung, die „Entwicklungs-Tagung 2001“ im Oktober in Salzburg wird hierbei eine wichtige Rolle spielen, indem sie einen ersten Höhepunkt dieses Reflexionsprozesses darstellen wird.

In diesem Heft gruppieren sich die einzelnen Beiträge um drei Themenkomplexe. Es wird dabei, wie dies in vielen renommierten wissenschaftlichen Zeitschriften üblich ist, innerhalb des Heftes ein Dialog praktiziert, soweit dies die monologische Grundstruktur einer Zeitschrift zulässt. Die AutorInnen treten innerhalb des Heftes, und hoffentlich darüber hinaus, miteinander in Diskussion.

Der einleitende Artikel von Andreas Novy beschäftigt sich mit dem Einfluss der Theorie auf die Praxis der EZA. Anhand von drei Beispielen wird gezeigt, wie wichtig Theoriebildung für die Praxis der EZA ist. Am Beispiel einer Begriffsklärung von „Zivilgesellschaft“ und „NRO“ wird gezeigt, dass praktische Probleme und Unklarheiten oftmals ihre Wurzeln in theoretischen Ungereimtheiten haben. Am Beispiel des Zusammenhangs von Theorie und Praxis wird gezeigt, wie die liberale Entwicklungstheorie im Gefolge der konservativen Wende immer stärker handlungs- und politikbestimmend wurde. Begriffe wie „Treffsicherheit“ und „Armutsbekämpfung“ gehen in die Praxis der EZA ein und gewinnen eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit und Akzeptanz. Michael Obrovsky konkretisiert dies im folgenden anhand der österreichischen Entwicklung.

Lemke, Thomas. 1997. *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*. Argument Sonderband Nr. 251, Berlin/Hamburg: Argument.

Lemke, Thomas. 2000. „Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung“. In: Bröckling, U. et al.: *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 7–40.

Lueger, M. 2000. *Auf den Spuren der sozialen Welt. Methodologie und Organisation interpretativer Sozialforschung*. Habilitationsschrift. Unveröffentlichtes Manuskript.

Novy, A. 1996. „Zivilgesellschaft: Hoffnungsträger oder Trojanisches Pferd?“ *Kurwechsel* 1/96, 26–38.

Novy, A. 2000. „Geld ist eine Waffe, die den Gegner verwirrt“. *Journal für Entwicklungspolitik* 2/2000, 189–208.

Novy, A., V. Redak, J. Jäger, A. Hamedinger A. 2001-forthcoming. „The End of Red Vienna – Recent ruptures and continuities in urban governance“. *The Journal of European Urban and Regional Studies* 2/01.

Nuscheler F. 1996. *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik*. 4. Aufl. Bonn: Dietz.

Oliveira, F. 1998. „Avantgarde der Rückständigkeit und Rückständigkeit der Avantgarde. Globalisierung und Neoliberalismus in Lateinamerika“. *Kurwechsel* 1/98, 87–97.

Parnreiter, Ch., A. Novy, K. Fischer. 1999. *Globalisierung und Peripherie. Neustrukturierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika*. Historische Sozialkunde 14. Frankfurt am Main/Wien: Brandes & Apsel/Südwind.

Polanyi, K. 1978. *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Rafter, K., Singer H. W. 1996. *The Foreign Aid Business. Economic Assistance and Development Co-operation*. Cheltenham: Edward Elgar.

Schicho, W. 1997. „Positionen in der Zivilgesellschaftsdebatte: Gemeinschaft der Akteure versus Verhandlungsraum“. *Journal für Entwicklungspolitik* 4/97, 365–372.

Schmid, W. 1991. *Auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst. Die Frage nach dem Grund und die Neubegründung der Ethik bei Foucault*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Thiel, R. Hg. 1999. *Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie*. Bonn: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung. Themendienst der zentralen Dokumentation, No. 10.

Wagner, B. 1997. „Zum Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ (società civile) bei Antonio Gramsci“. *Journal für Entwicklungspolitik* 4/97, 359–364.

Weick, K. 1985. *Der Prozeß des Organisierens*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Andreas Novy, *Wirtschaftsuniversität Wien, Rossauer Lände 23, A-1090 Wien*
e-mail: andreas.novy@wu-wien.ac.at

Michael Obrovsky

Standortbestimmung der entwicklungspolitischen NGOs in Österreich

Dieser Beitrag ist die Zusammenfassung eines Diskussionsbeitrages und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Sinne von erforderlicher Komplexitätsreduktion wird nur dort exemplarisch auf Details verwiesen, wo dies zur Anschaulichkeit beiträgt.

1. Zur Struktur der NGOs und ihre Verankerung in der Zivilgesellschaft

Zu Beginn der 80er Jahre läßt sich die österreichische entwicklungspolitische NGO Szene folgendermaßen charakterisieren:

Viele kleinere Vereine und Solidaritätsgruppen bildeten gemeinsam mit kirchlichen und kirchennahen Einrichtungen ein *tragfähiges Fundament für entwicklungspolitisches Engagement*. Vor allem Studierende, engagierte Christinnen und international ausgerichtete Sozialdemokratinnen bilden den zivilgesellschaftlichen Rückhalt in der „Entwicklungshilfe“. Die Befreiungstheologie, ein christlich sozialer Ansatz oder ein revolutionärer marxistischer Ansatz waren das ideologische Legitimationsgebäude für den Anspruch an gesellschaftsverändernden internationalen Aktivitäten in Österreich.

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre haben einige große internationale Hilfswerke (World Vision, Hunger Projekt), die vor allem mit emotionsgeladenem Fundraising den österreichischen Spendenmarkt bearbeiteten, Niederlassungen oder österreichische nationale Vereine gegründet.

Ab Beginn der 90er Jahre wurden verschiedene neue Vereine und Einrichtungen (KFS, ÖNSI, KOMMENT) gegründet, um auch als *Projektdurchführungsorganisationen für öffentliche Projekte* zur Verfügung zu stehen. Da diese Gründungen aber in erster Linie Diversifizierungen von Aktivitäten anderer bestehender Einrichtungen waren, die aus politischen, strategischen Überlegungen durchgeführt wurden, fehlte hier der unmittelbare Rückhalt der Zivilgesellschaft. Dieser wurde aus der gesellschaftlichen Bedeutung ihrer Gründungsortorganisationen für die Zivilgesellschaft abgeleitet.

Der Beitritt Österreichs zur EU im Jahr 1995 hat für die österreichische Entwicklungspolitik und für die projektdurchführenden Organisationen eine *Internationalisierung ihrer Arbeit* mit sich gebracht. Die Forderung der EZA Verwaltung nach *Professionalisierung* nichtstaatlicher Einrichtungen zielte vor allem auf die Herstellung organisatorischer Voraussetzungen für eine Teilnahme am europäischen und internationalen Wettbewerb des Entwicklungsbusiness.

Österreichische entwicklungspolitische NGOs wurden daher in den 90er Jahren zunehmend zu *NPOs* (*Non-Profit-Organisations*), die ihre operationellen Aktivitäten mit Hilfe von ihnen gegründeten gemeinnützigen GesmbHs umsetzten. Der „link“ zur Zivilgesellschaft bleibt einerseits über die Vereinsstruktur bestehen, die als Träger des „professionell agierenden Betriebes“ weiterbesteht, oder über den Hinweis, dass die Organisation in eine übergeordnete Struktur zivilgesellschaftlicher Akteure eingebunden ist.

Organisierte Akteure der Zivilgesellschaft (Kirchen, Gewerkschaften, Parteien) haben die Agenden der Entwicklungshilfe an kleinere, durchaus professionell agierende Organisationseinheiten und Strukturen delegiert, wo sie als marginalisierter Akteur der Zivilgesellschaft auftreten. Die Fusion kirchennaher Einrichtungen zu Beginn des Jahres 2001 (HORIZONT 3000) ist als Strukturereinigung und als Professionalisierungsschritt im EU-Wettbewerb zu sehen. Diese strukturelle Konzentration hat zwar einen organisatorischen „Platzhirsch“ geschaffen, die politische Position muß aber erst gefunden und definiert werden.

Die Möglichkeit eines Rückgriffs auf die *Zivilgesellschaft als „kritische Masse“*, die eine Veränderung der Politik herbeiführen kann, ist im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit in den letzten 20 Jahren abhanden gekommen. Das Wissen über das Thema hat zweifelsfrei zugenommen, das Engagement beschränkt sich aber auf bestimmte Lebensabschnitte und ist zeitlich begrenzt.

Die Rolle der Medien (ORF – Nachbar in Not) als Fundraiser und die damit verbundene mediale Präsenz der Katastrophenhilfe hat die öffentliche Wahrnehmung von Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit verändert (Spendenweltmeister Österreich). Die Zivilgesellschaft wurde medial auf die Spenderfunktion reduziert, die NGOs auf die perfekte logistische Abwicklung von Lieferungen erforderlicher Hilfsgüter.

2. Die Beziehung der öffentlichen EZA zu den entwicklungspolitischen NGOs 1990–2001

Die Beziehung der öffentlichen EZA zu den österreichischen NGOs ist aus historischen Gründen grundsätzlich *positiv* besetzt. Sie ist von einer aus den 70er Jahren stammenden gegenseitigen Abhängigkeit geprägt, die in den 90er Jahren durch konkrete politische Vorgaben der EZA Verwaltung – wie etwa die Länderschwerpunktsetzung – verändert wurde.

Nichtstaatliche Organisationen haben vor allem ihre *entwicklungspolitisch gestaltende Rolle*, die sie bis zu Beginn der 80er Jahre hatten, in der zweiten Hälfte der 80er Jahre abgegeben. Mit der Einrichtung einer EZA-Sektion im Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten und mit der deutlichen Steigerung der Mittel für die Programm- und Projekthilfe (PPH) des BMaA bis zu Beginn der 90er Jahre wurde die Basis für eine Entwicklungspolitik als Teil einer österreichischen Aussenpolitik gelegt.

Bedingt durch diese stärkere politische Positionierung des BMaA und bedingt durch die schrittweise Erhöhung der für die PPH bereitgestellten Mittel auf rund

eine Mrd. ATS bis zum Jahr 1994 haben sich die österreichischen NGOs auch in ihrem Selbstverständnis immer mehr zu *Auftragnehmern öffentlicher Projekte* entwickelt. Durch die *Übernahme von hoheitlichen Verwaltungsaufgaben* (*Auslagerungen*) in die Strukturen der NGOs konnte in den 90er Jahren eine Expansion und ein strukturelles Wachstum einiger NGOs beobachtet werden, das nicht durch entsprechende Eigenmittel bzw. durch eine entsprechende zivilgesellschaftliche Verankerung abgesichert war.

Die NGOs haben dadurch zwar die Schaffung einer Agentur für öffentliche EZA verhindern können, sind aber selbst immer mehr in eine Position der *finanziellen und politischen Abhängigkeit* geraten, die mit ihrem Selbstverständnis als unabhängiger Akteur der Zivilgesellschaft im Widerspruch steht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass einige Unternehmen, die bei der Abwicklung von Projekten des BMaA in einem Konkurrenzverhältnis zu NGOs stehen, von ehemaligen Mitarbeitern der NGOs gegründet wurden.

Die Beziehung der öffentlichen EZA mit den NGOs wurde daher zunehmend mehr über die Ebene der *Finanzierung* definiert als über entwicklungspolitisch inhaltliche Auseinandersetzungen. Die Diskussion zwischen den NGOs und der EZA Administration wurde auf Fragen des Projektbegleitungs und auf die Höhe des Kofinanzierungsprozentsatzes reduziert, während sich auf der politischen Ebene zwischen Vertretern der Kirchen, Gewerkschaften und Parteien Fragen der Entwicklungspolitik auf allgemeine Zustimmung beschränkten. Substantielle Veränderung beim EZA-Budget konnten nicht durchgesetzt werden.

Die Instrumente der internationalen EZA haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten ebenso verändert. Von der *Projektfiananzierung* der Geberländer ist ein *Trend hin zu Programm- und Budgetfiananzierung* zu beobachten, der auf dem *CDF- Ansatz* (Comprehensive Development Framework) der *Weltbank* aufbaut und der den Entwicklungsländern mehr Verantwortung für ihren eigenen Entwicklungsweg überträgt. In diesem Sinn ist es Aufgabe des Empfängerlandes des eigene Sektorprogramme zu entwickeln, zu denen ein Geberland einen finanziellen Beitrag leistet.

Die Rolle der Nord-NGOs – speziell der österreichischen – ist hier noch zu definieren. Fest steht aber, dass durch diesen Paradigmenwechsel in der internationalen EZA die NGOs vor einer grundlegenden Aufgabenänderung stehen, die sich nicht in der Rolle des „besseren Entwicklungshelfers“ erschöpfen kann.

Die Bedeutung der NGOs sowohl für die Legitimierung der öffentlichen EZA als auch für die Durchführung öffentlicher Projekte ist daher in den letzten Jahren auf Grund dieses Paradigmenwechsels zurückgegangen.

Eine *Neupositionierung der entwicklungspolitischen NGOs* sollte aber nicht aus der Perspektive des sentimental Rückblicks erfolgen, sondern vor dem Hintergrund eines demokratischen Anspruchs der *Mitgestaltung von Politik*. In den letzten 20 Jahren wurden die Bedingungen für die demokratische Mitgestaltung von Politik auch durch den Prozess der Globalisierung verändert. Wenn NGOs einen entwicklungspolitischen Anspruch stellen, dann müssen sie sich in

den politischen Prozess einmischen und dürfen sich nicht allein auf die Durchführung von Projekten – sei es im Süden oder auch in der Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit in Österreich – beschränken.

Eine Entpolitisierung der Entwicklungspolitik hin zur Entwicklungszusammenarbeit hat zu einem sehr technischen Verständnis von Entwicklung geführt, hinter dem sich all zu leicht politische und ökonomische Interessen verstecken können.

Abstracts

The following contribution provides a short summary of the main changes of the structures, the methods and the relationship between developmental NGOs and civil society during the last two decades in Austria. The article also briefly treats the relationship between development administration and NGOs. In the view of the various global political and economic changes (globalisation, disintegration of the USSR) and some changes in Austria (EU-membership, budget restrictions) NGOs changed to project implementation agencies, which reduced their political functions for civil society.

Ziel der vorliegenden kurzen Standortbestimmung ist es, mit Hilfe von einigen schlagwortartigen Gedankengängen die Veränderungen der Struktur, der Arbeitsweise und der Verankerung entwicklungspolitischer NGOs in der Zivilgesellschaft Österreichs in den letzten 20 Jahren zu beschreiben. Kurz skizziert werden auch die Veränderungen der Beziehungen zwischen der Verwaltung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und NGOs. Es zeigt sich, dass sich NGOs zu Projektdurchführungsorganisationen entwickeln, die ihre politischen Funktionen in der Zivilgesellschaft reduzieren.

Michael Obrovsky, ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe), Berggasse 7, A-1090 Wien
e-mail: m.obrovsky@oefse.at

Andreas Novy und Silvia Nossek Wisse, was du tust – Reflexionsfähigkeit als entwicklungspolitische Schlüsselkompetenz

1. Die Krise der entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen

Krisen sind Zeiten, in denen das Alte stirbt und das Neue noch nicht entstanden ist. In genau so einer Krise befinden sich die entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NROs). Ihre alte Identität erscheint ungeeignet, das neue Gewand passt noch nicht so recht. Unbestritten ist, dass sich NROs im Zentrum und an der Peripherie in den letzten beiden Jahrzehnten verändert haben. Ihr Engagement ging tendenziell weg von einer politisch-umfassenden Intervention in eine ungerechte Welt hin zu professioneller und wirksamer Zusammenarbeit mit den Mächtigen in Staat und Wirtschaft. Wollen wir nicht einem naiven Fortschrittsglauben anhängen, der das Modische immer auch als das Bessere ansieht, müssen wir uns fragen, wie dieser Wandel einzuschätzen ist.

Geschichte wird ständig neu geschrieben, Interessen und Bedürfnisse der Gegenwart erwecken immer wieder auch neue Aspekte des Vergangenen zum Leben. Der nostalgische Blick zurück, der bei vielen Akteuren in der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) feststellbar ist, resultiert ebenso aus gegenwärtigen Befindlichkeiten, wie die Abwertung früherer Formen der EZA erst vor dem Hintergrund aktueller Interessen verständlich wird.

So ist es nicht verwunderlich, dass auf der einen Seite den Zeiten solidarischer EZA nachgewinkt wird, als die europäische Sozialdemokratie „Chiles demokratischen Weg zum Sozialismus“ unterstützte, europäische Basisgemeinden mit der lateinamerikanischen Befreiungstheologie sympathisierten und österreichische Solidaritätsgruppen die Unabhängigkeitsbewegungen an der Peripherie unterstützten. Zwar je nach Organisation und Standort unterschiedlich wurde diese Vergangenheit für die meisten NROs identitätsbegründend. In Entwicklungshilfeinsätzen wurden Genossenschaften gefördert, Alphabetisierungsprogramme koordiniert oder Landbesetzungen unterstützt. In der Bildungsarbeit hier in Österreich standen bei Kampagnen wie „Hunger ist kein Schicksal“ die industrialisierte Landwirtschaft oder bei „Kauf keine Früchte der Apartheid“ die deutschen Konzerne und Banken im Mittelpunkt der Kritik. Wurden die BetreiberInnen dieser Initiativen damals als radikale KritikerInnen der herrschenden Ordnung verschrien, so haben sich die Verurteilung der Apartheid und die Kritik an der industrialisierten Landwirtschaft heute als großteils unbestrittene Positionen etabliert. Zu Recht sind viele auf diese Ursprünge stolz, mit Zufriedenheit weisen sie darauf hin, schließlich Recht behalten zu haben.